

„Inhalt und Gestalt“ der Angriffe zurückgewiesen:

Großer bricht Schweigen

BERICHT SEITEN 2/3

Steirerkrone

Graz, Lendplatz 31, Telefon 98 40-0
VERTRIEB: STRASSGANGERSTR. 384, ☎ 28 62 62-0

Neue
**Kronen
Zeitung**
UNABHÄNGIG

Samstag, 8. April 1995 / Nr. 12.537, S 8,-

BULGARIEN

Abflüge: 22. und 29. Juni '95 ab Wien mit
Lauda-Air.

HOTEL JUNONA**

Burgas, 2 Wo NF

4.490,-

Kinderpauschale
2-11 Jahre öS 2.900,-

Information und Buchung in
Ihrem Reisebüro.

in-tour
WELTWEIT REISEN

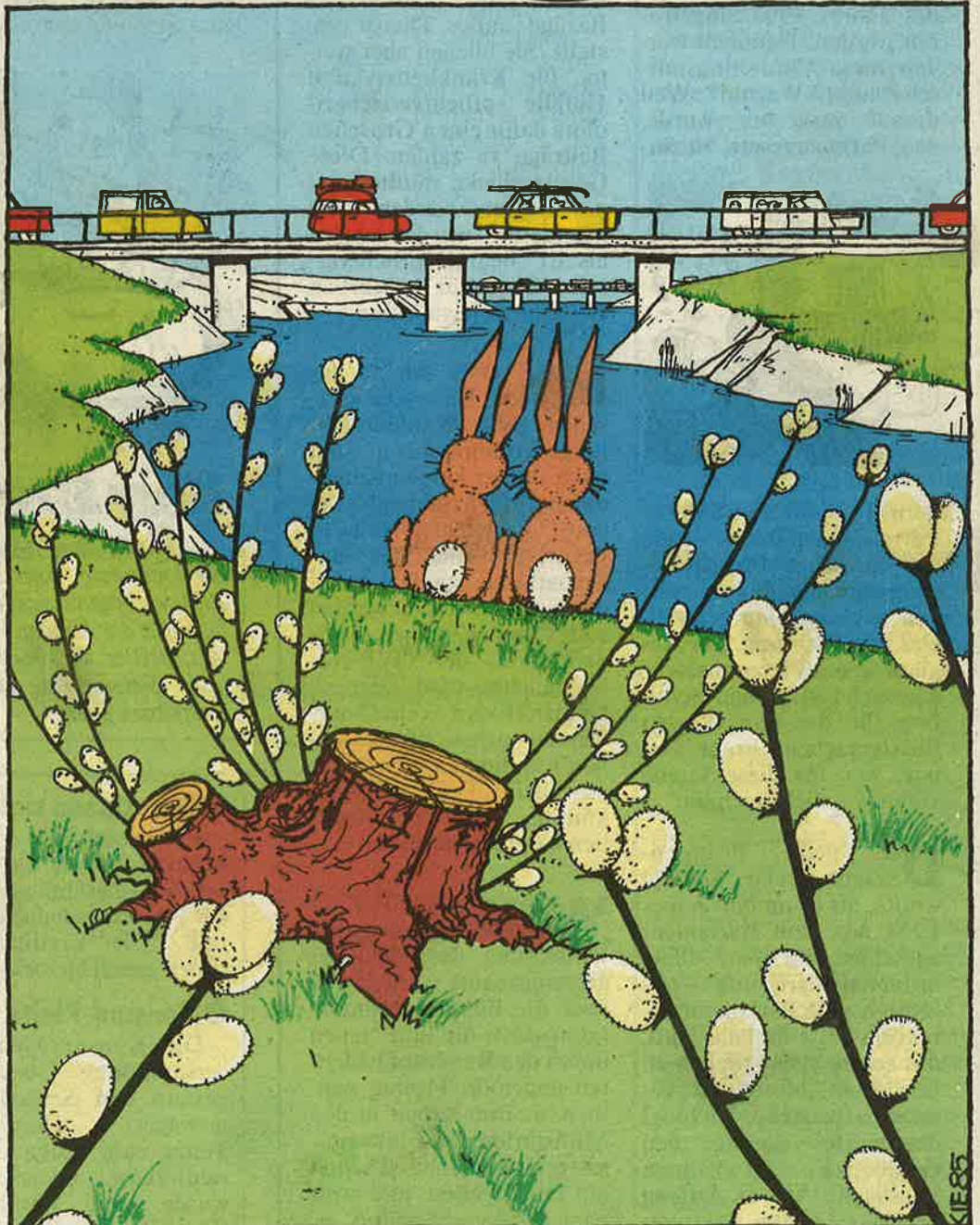
Anzeige



DAS IST EIN FENSTER

Info-Tel. 03452/8 31 02

Anzeige



In acht Tagen ist Ostern!

Politik inoffiziell

VON DIETER KINDERMANN

Parteisubventionen erhöht/Abfertigung jetzt zurückgezahlt

Groteske um die Parteisubventionen: Donnerstag abend wurde das Budget 1995 im Parlament beschlossen. Damit aber auch, daß die Parteisubventionen auf dem Stand des Jahres 1993 eingefroren werden. Dennoch werden diese Förderungsmittel erhöht. Warum? Weil darauf vergessen wurde, das Parteiengesetz zu ändern.



Es sieht vor, daß die Parteisubventionen nach der jährlichen Preissteigerungsrate angehoben werden. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung. Die Regierung muß jetzt zusätzliche sechs Millionen Schilling für die Parteikassen flüssigmachen. Fragt sich nur, wer für diese Panne verantwortlich zeichnet.

Der neue Beamten-Staatssekretär Schlögl wollte, als er im November 1994 aus dem Parlament ausschied, auf seine Abgeordnetenabfertigung verzichten. Die Parlamentsdirektion teilte ihm aber mit, das sei nicht möglich, weil ihm die Abfertigung gesetzlich zustehe. Schlögl deponierte darauf den Geldbetrag auf einem Sparbuch. Als er Anfang der Woche zum Staatsse-

cretär designiert wurde, erteilte er den Auftrag, die Abfertigung dem Parlament zu überweisen. Um den Verzicht zu ermöglichen, mußte eine eigene Rechtskonstruktion gefunden werden. So schwer ist das bei Politikerbezügen.

EU-Parlamentarier, die dem ehrsamem Beamtenstand angehören, wurden unter Entfall der Bezüge außer Dienst gestellt. Sie blieben aber weiter für Krankheiten und Unfälle pflichtversichert, ohne dafür einen Groschen Beiträge zu zahlen. Diese Gesetzeslücke mußte jetzt geschlossen werden. Die Mandatare wurden eigens als EU-Beamte pflichtversichert, wofür natürlich Beiträge zu leisten sind.

In der ÖVP scheint das totale Chaos zu herrschen. Die Wahlempfehlungs-Kommission hat noch immer keinen Kandidaten für den Schleudersitz eines Parteichefs präsentiert. Dabei rückt der Bundesparteitag, an dem er auf den Schild gehoben werden soll, immer näher. Aus dem Kreis der ÖVP-Königsmacher wird jetzt signalisiert, daß es ein Osterwunder geben dürfte: Einen Kandidaten, der Busek aus dem Feld schlagen könnte, wenn er tatsächlich kandidieren sollte.

Während die ÖVP in Agonie liegt, ging die Umbildung des SPO-Regierungsteams ruckzuck über die Bühne. Donnerstags wurden die fünf Neuen durch den Bundespräsidenten angelobt, Freitag nahmen sie ihre Arbeit in den Ministerien auf. Finanzminister Staribacher ist schon auf Dienstreisen, und zwar nach Paris und London.



„Inhalt und Gestalt“ der Angriffe von ihm

Kardinal Groër

Wien. - Die von österreichischen „Enthüllungsjournalisten“ gegen den Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Hans Hermann Groër, erhobenen Beschuldigungen sind einer der größten Skandale in der Geschichte des Landes. Der Kardinal hat sein Schweigen gebrochen, nachdem die gesteigerten Angriffe „Unruhe und Zweifel“ auch unter den Katholiken ausgelöst haben.

Im übrigen hat Kardinal Groër durch seinen Verzicht auf den Vorsitz in der Bischofskonferenz den Bischöfen weitere Möglichkeiten zum Handeln gegeben. Das dürfte auch der Sinn seines Rücktritts gewesen sein.



Herr Strudl

„Es hat si rausg'stellt, daß die Überreste vom Hitler 1970 verbrannt wordn san. Damit is die Ansicht widerlegt, daß er als 106jähriger von Südamerika aus a Comeback plant.“

● **Sparzinsen sinken**
Voraussichtlich ab Montag sinken die Zinsen für Spareinlagen um ein Viertel bis halbes Prozent. Die Kreditzinsen sollen gleich bleiben.

● **Konsum-Pleite**
Die Konsum-Generalversammlung bestellte gestern den Sanierungsmanager Hans-Jörg Tengg zum neuen Generaldirektor. Gleichzeitig wurde sein Vorgänger Gerharter abberufen.

Erklärung des Erzbischofs von Wien, Kardinal Dr. Hans Hermann Groër: Nach den im ORF und in anderen Medien wiederholt publizierten Anschuldigungen eines Wochenmagazins gegen mich veröffentlichte mein Sekretär Dipl.-Ing. Michael Dinohobl am 28. März seine Stellungnahme. Sie bietet die im Grundrecht des Menschen, in der Rechtsordnung unseres Staates wie im überlieferten Wort Christi gebotene Sicht und Praxis für ein gerechtes und friedvolles Miteinander.

Groër: Unruhe und Zweifel erzeugt

Aus der schmerzlichen Erfahrung permanenter Verachtung und Verletzung dieser Grundbedingungen allen Zusammenlebens sehe ich mich heute veranlaßt, Nachstehendes zu erklären:

Die auf breiter Front massiven, gesteigerten Attacken gegen mich verunsichern und gefährden viele Gutgesinnte und Gläubige, erzeugen Unruhe und Zweifel – auch an der Kirche. Deshalb sehe ich mich verpflichtet, Inhalt und Gestalt der gegen mich getätigten Diffamierung und vernichtenden Kritik zurückzuweisen. In diese Zurückweisung sollen hien mit alle Pauschalverdächtigungen der Priester und der im Religionsunterricht Tätigen sowie der vielbesuchten Schulen und Internate der Römisch-Katholischen Kirche eingeschlossen sein. Sie alle verdienen Vertrauen und Hochschätzung – wie auch die im natürlichen Sittengesetz und in der göttlichen Offenbarung gründende katholische Morallehre,

zurückgewiesen ● Bischöfe pochen auf Unschuldsvermutung

bricht sein Schweigen!

die für den einzelnen wie für die Gesellschaft unverzichtbar ist.

M. Carl Groër

sekonferenz eine Erklärung aller Bischöfe. Darin wird die prinzipielle Frage angeschnitten, wie es mit den Grundrechten einer Person zu vereinbaren sei, wenn sie durch öffentliche Anprangerung von vornherein verurteilt werde. Auch Groër habe das Recht auf Unschuldsvermutung. Es sei offensichtlich, daß die Angriffe auf den Kardinal auch die Kirche im ganzen treffen sollten.

Foto: Jösch



Der neue Chef der Bischofskonferenz, Weber, von Journalisten umlagert

Das Erzbischöfliche Sekretariat (Dipl.-Ing. Michael Dinohobl) erklärt dazu:

Wenn gegen eine Person unseres Landes der Verdacht eines strafbaren Tatbestandes vorliegt, so haben die staatlichen Gerichte über Schuld oder Unschuld zu befinden. Eine von gewissen Medien geführte „Lynchjustiz“, die ohne jegliche Rechtsordnung abläuft, muß als Gefährdung des Rechtsstaates mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden.

Mit jeder Stellungnahme zu der jetzt gegebenen Causa würde sich der Wiener Erzbischof auf die Ebene eines solchen „Tribunals“ begeben und es damit anerkennen. So würde einer unkontrollierten „Mediengerichtbarkeit“ Vorschub geleistet, von deren Willkür letztlich jede Person des öffentlichen wie des privaten Lebens vernichtet werden kann.

Weber plädiert für Untersuchung

Der neue Vorsitzende der Bischofskonferenz, Weber, verlas gestern bei einer Pres-

sekonferenz eine Erklärung aller Bischöfe. Darin wird die prinzipielle Frage angeschnitten, wie es mit den Grundrechten einer Person zu vereinbaren sei, wenn sie durch öffentliche Anprangerung von vornherein verurteilt werde. Auch Groër habe das Recht auf Unschuldsvermutung. Es sei offensichtlich, daß die Angriffe auf den Kardinal auch die Kirche im ganzen treffen sollten. Weber plädierte dafür, ein Untersuchungsausschuß sollte die Vorwürfe prüfen. Dafür zuständig sei aber letztlich Rom. Auch für die Frage, ob Groër Erzbischof bleibe.

Was dahinter steckt



VON ERNST TROST

Der Riß

So hat alles Schlechte auch sein Gutes: Daß nun plötzlich ein Mann wie Johann Weber den Vorsitz der Österreichischen Bischofskonferenz innehat, wird von den meisten Katholiken sicherlich begrüßt. Das Gerede von einer drohenden Kirchenspaltung gehört zu den vielen Übertreibungen und Verzerrungen in der Polemik der letzten Tage. Aber niemand leugnet, daß seit dem Rücktritt Kardinal Königs als Reaktion auf vatikanische Bischofsernennungen ein tiefer Riß durch das Lager der Katholiken geht. Zu viele Gläubige, und nicht nur sogenannte Progressive, fühlen sich durch manche Bischöfe nicht richtig repräsentiert. Systematisch wurden Türen und Fenster geschlossen, die sich in der Ära Kardinal Königs aufgetan hatten. Wagte damals die Kirche mutige Schritte in die Welt, förderte der neue Kurs in einigen Diözesen einen ängstlichen Rückzug ins katholische Ghetto. Und so mancher tröstete sich einzig damit, daß Päpste und Bischöfe gehen, aber die Kirche bestehenbleibt. In diesem Klima war es fast eine Sensation, als Rom für Eisenstadt einen Bischof bestimmte, über dessen Wahl alle glücklich waren. Vielleicht hat man in Rom doch erkannt, wieviel Raum, Einfluß und Prestige durch falsche Personalentscheidungen und engstirniges Sicherheitsdenken verspielt worden sind. Wenn Bischof Weber, dieser Mann der Mitte, jetzt seine schwere Last aufnimmt, hat er zumindest die Gewißheit, daß die Mehrheit des Kirchenvolkes hinter ihm steht.

ÖAMTC-Kfz-Haftpflicht

bei der SK Versicherung

Günstige Prämie bei mehr Leistung:

- z.B.: Opel Corsa 54 PS/ 40 kW, Bonusstufe 0: Prämie schon ab S 232,- monatlich.
- frühe Bonusstufe (jeweils ab 1. Jänner unabhängig vom Zulassungsdatum).
- S 15 Mio. Deckungssumme anstatt der gesetzlichen S 12 Mio.
- Rechtshilfe durch die erfahrenen ÖAMTC-Juristen.



Ein gutes Gefühl, beim Club zu sein.

Anzeige